



Greenpeace Energy
heißt jetzt



Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestages:

Zentrale Säule der Ökostromvermarktung retten, faire Abschöpfung von Kohle und Atom einführen

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Damen und Herren,

als überzeugte Energiewende-Unternehmen und unabhängige Öko-Energieversorger wenden wir – EWS Schönau, Green Planet Energy und naturstrom, uns heute an Sie, da wir für diese Woche die Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Strompreisbremse erwarten. Übergewinne im Strommarkt abzuschöpfen, um Privathaushalte und Industrie zu entlasten, ist auch aus unserer Sicht richtig und wichtig. Anhand bereits bekannt gewordener Dokumente aus Regierungskreisen ist jedoch zu befürchten, dass die momentan anvisierte Ausgestaltung der Abschöpfung ausgerechnet ein Instrument zerstören würde, das für ambitionierten Ökostrom sehr große Bedeutung hat: mittelfristige und langfristige Lieferverträge mit Wind- und Solaranlagen – so genannte Green PPAs. Auf der anderen Seite will die Bundesregierung ausgerechnet Atom- und Braunkohlekraftwerken großzügige Prämien und Abschöpfungsgrenzen einräumen. In Summe gerät die geplante Strompreisbremse dadurch in eine Schiefelage, die dem an sich begrüßenswerten Instrument schadet und vor allem ökologisch wie energiewirtschaftlich falsche Anreize setzt.

Wir bitten Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages eindringlich, einer solchen Ausgestaltung Ihre Zustimmung zu verweigern und bei den genannten Punkten auf eine substantielle Verbesserung zu drängen.

Langfristige Lieferverträge von erneuerbaren Energien fördern die Marktintegration von Erneuerbaren, stärken den Klimaschutz und sind deshalb ein wichtiges Instrument für hochwertige Ökostromangebote. Darüber hinaus sorgen Green PPAs schon jetzt für niedrigere Strompreise, weil die in den Verträgen vereinbarten Preise typischerweise deutlich unter dem Niveau der aktuellen Spot- und Terminmärkte liegen. Die Bundesregierung will diese Green PPAs aber nicht entsprechend ihrer tatsächlichen Erträge abschöpfen, sondern auf Basis fiktiver Erlöse, die vom Spotmarkt abgeleitet sind und um ein Vielfaches höher liegen. Wenn Windparks und Solaranlagen aber in PPAs mehr zahlen müssen, als sie überhaupt verdienen, können sie solche Verträge nicht mehr abschließen. Sie werden so auf den hochpreisigen Spotmarkt gezwungen, weil sie nur dort so viel verdienen, dass sie die Abschöpfung bezahlen können. Mit anderen Worten: Das Problem hoher Strompreise wird erst künstlich verschärft – um es anschließend per Abschöpfung wieder zu „heilen“. Das ist ein nach unserer Überzeugung widersinniges Verfahren, das zudem der Energiewende schadet. Dabei gibt es sinnvollere Alternativen für die Gewinnabschöpfung von PPAs. Das Analysehaus Energy Brainpool hat in unserem Auftrag zwei Vorschläge entwickelt, die Sie im Anhang finden. Wir empfehlen für die Umsetzung insbesondere Option 1.

Während mit der Abschöpfung der PPAs Schaden für ambitionierten Ökostrom droht, sollen ausgerechnet Atom- und Braunkohlekraftwerken großzügige Prämien und Aufschläge gewährt werden. Bei der Braunkohle wird für die längst abgeschriebenen RWE-Meiler, die bis 2030 vom Netz gehen sollen, ein weiterer Zuschlag von 2,2 ct/kWh gewährt. Dabei erhält der Konzern ohnehin schon 2,6 Milliarden € Entschädigungssumme für den früheren Kohleausstieg, und der Bundestag hatte



Greenpeace Energy
heißt jetzt



entschieden, diese Zahlungen nicht zu erhöhen. Die Zuschläge über die Strompreisbremse summieren sich nach Berechnung des FÖS auf zusätzliche 266 Millionen €. Bei Atomstrom soll der Referenzpreis ab 01.01.23 von 4 ct/kWh auf 10 ct/kWh erhöht und mit einer Dekontaminierungsprämie von 2 ct/kWh ergänzt werden. Allein durch die Anhebung des Referenzpreises können die Betreiber der Atomkraftwerke also noch einmal 324 Millionen € einbehalten. Diese Summe steigt auf 432 Millionen €, wenn alle Betreiber die Dekontaminierungsprämie nutzen. Diese ungerechtfertigten Begünstigungen sollten dringend komplett gestrichen werden.

Die Verabschiedung eines Instrumentes zur Abschöpfung möglicher Übergewinne ist ohne jeden Zweifel eilbedürftig. So wie sie die Bundesregierung nach derzeitigem Kenntnisstand plant, bedarf sie aber noch dringender Korrekturen. Alle Stromerzeugungsarten, insbesondere auch Atom- und Kohlekraftwerke, sollten ihren fairen Anteil zur solidarischen Kostenverteilung beitragen. Dabei müssen aber die Marktmechanismen weiterhin funktionieren und gerade die langfristige Vermarktung von erneuerbaren Energien in PPAs als preisgünstiges und zentrales Instrument des marktgetriebenen Ausbaus und von hochwertigen Ökostromprodukten erhalten bleiben. Wir bitten Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages nur einer korrigierten Strompreisbremse zuzustimmen, in der diese Anliegen angemessen berücksichtigt sind.

Sebastian Sladek

Sebastian Sladek
Vorstand
EWS Schönau eG

N. Müller

Nils Müller
Vorstand
Green Planet Energy eG

K. Nölke

Kirsten Nölke
Vorstand
naturstrom AG